

# GRÜNE GEGEN STUTT GART 21

Im Landtag von  
Baden-Württemberg

Bündnis 90  
Die Grünen



© dpa

„Stuttgart 21 droht Stadt und Land tief zu spalten. Mit dem von beiden Seiten vorgeschlagenen Vermittler Dr. Heiner Geißler soll nun verhindert werden, dass aus Gegnerschaft Feindschaft wird. Kein aufrechter Demokrat darf daran ein Interesse haben.“

Winfried Kretschmann in der Stuttgarter Zeitung am 11.10.2010

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag Winfried Kretschmann kämpft mit den Grünen seit 15 Jahren gegen Stuttgart 21. Jetzt stehen wir kurz vor dem Dialog mit den Befürwortern. Voraussetzung: Ergebnisoffenheit sowie Bau- und Vergabestopp. In einem Beitrag in der Stuttgarter Zeitung vom 11. Oktober entgegnet er dem Ministerpräsidenten in einem offenen Brief: „Wir werden von unserer Seite alles dafür tun, dass der Dialog zustande kommt und wieder Frieden in Stuttgart und im Land einkehrt.“

STUTTGART, 11.10.2010:



*Gegnerschaft darf im Streit über Stuttgart 21 nicht zu Feindschaft führen, so Winfried Kretschmann, der Grünen-Fraktionschef im Landtag, in seiner Erwiderung auf den offenen Brief des Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU)*

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Stuttgart 21 droht Stadt und Land tief zu spalten. Mit dem von beiden Seiten vorgeschlagenen Vermittler Dr. Heiner Geißler soll nun verhindert werden, dass aus Gegnerschaft Feindschaft wird. Kein aufrechter Demokrat darf daran ein Interesse haben. Wie konnte es dazu kommen?

Die Seite der Projektbefürworter wollte lange Zeit nicht wahrhaben, dass ein großer Teil der Bürgerschaft Stuttgart 21 ablehnt. Einen Bürgerentscheid in Stuttgart hat Oberbürgermeister Schuster durch seine vorschnelle Unterschrift unter die Finanzierungsvereinbarung verhindert. Auch der Monat für Monat anschwellende Protest und die Forderung nach einem Moratorium wurden ignoriert. Der dazu im August von uns vorgelegte Vorschlag, das zu tun, was der Vermittler heute in Gang setzen möchte, eine Erörterung aller Fragen bei gleichzeitigem Bau- und Vergabestopp, wurde von der anderen Seite brüsk abgelehnt. Ein von Ministerpräsident Mappus und mir angestrebtes Spitzengespräch kam nicht zustande, weil Bahn-Chef Grube nicht bereit war, fünf Tage den Abrissbagger am Nordflügel des denkmalgeschützten Bahnhofs ruhen zu lassen. Danach wurde wieder auf Konfrontation umgeschaltet und mit Begriffen wie „Fehdehandschuh“ und „Berufsdemonstranten“ verbal aufgerüstet.

#### Der Polizeieinsatz war völlig unverhältnismäßig

Diese konfrontative Linie führte zu dem völlig unverhältnismäßigen Polizeieinsatz am 30. September im Schlossgarten, am Tage einer angemeldeten und genehmigten Schülerdemonstration! Schon das war unverantwortlich. Wir werden einen Untersuchungsausschuss beantragen, damit alle Vorgänge rückhaltlos aufgeklärt werden.

Damit sind wir beim Kern des Problems. Wenn erst dann auf „Stopp“ und Dialog umgeschaltet wird, nachdem der Konflikt eskaliert ist, ist etwas grundsätzlich falsch gelaufen. Bei kritischen Bürgerinnen und Bürgern ist bezüglich Stuttgart 21 über viele Jahre hinweg das Gefühl entstanden, dass ihnen wichtige Informationen zu Kosten, Nutzen und Risiken vorenthalten werden und dass die Befürworter in Parlamenten und kommunalen Gremien die Vorgaben der Projektverantwortlichen

nie wirklich kritisch hinterfragt haben. Die Alternativen einer Lösung werden als „Phantom“ bezeichnet, also nicht ernsthaft mitgeplant und abgewogen.

Wie auch immer der Konflikt um Stuttgart 21 ausgehen wird, er wird mit dazu führen, dass sich die Republik verändert.

Eine Katharsis ist unumgänglich für die Frage der politischen Kultur in unserer repräsentativen Demokratie.

Gutachten werden unter dem Deckel gehalten. Erst wenn die Presse sie ausgräbt, wird reagiert. Kritik wird abgebügelt und nicht widerlegt. Unhaltbare Behauptungen wie „das best geplante und gerechnete Projekt der Bahn“ werden aufgestellt. Monate später muss die Bahn selber sie im Milliardenschritt nach oben korrigie-

ren. Absurde Drohkulissen eines wirtschaftlichen Niedergangs werden aufgebaut, so als fände der Export von Maschinen im ICE statt. Es kann nicht sein, dass die Wege von mächtigen Interessengruppen und Lobbyisten in die demokratischen Institutionen immer breiter werden, wie wir es in Berlin gerade beobachten können, eine aufgeklärte und kritische Bürgergesellschaft dagegen außen vor bleibt. Das was unser Vermittler jetzt in einem so fortgeschrittenen Stadium des Projekts versuchen muss, einen ergebnisoffenen Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Entscheidungsträgern zu organisieren, muss zum Standard im Verfahren bei umstrittenen Großprojekten und Vorhaben werden.

Das ist der Weg, dieses Land auch in Zukunft gut zu regieren. Es ist anstrengend, wie es die Demokratie eben ist. Nichts ist unumkehrbar und nichts ist alternativlos in der Demokratie. Auch demokratisch gefasste Beschlüsse kann man ändern, und man darf dagegen protestieren. Wer das tut, ist im Recht und stellt sich nicht über das Recht.

#### In solch wichtigen und umstrittenen Fragen muss zuletzt auch das Volk entscheiden können

Dass in so wichtigen und umstrittenen Fragen zuletzt das Volk auch direkt entscheiden können muss, halte ich ebenso für unerlässlich. Nur in Baden-Württemberg sind die Hürden für ein Volksbegehren so hoch, dass sie realistisch nicht übersprungen werden können. Die CDU weigert sich wie letzte Woche im Landtag wieder, diese Hürde zu senken. Im Nachbarland Bayern hat der Souverän bisher siebenmal direkt entschieden. Das gefährdet die repräsentative Demokratie nicht, sondern stärkt sie. Wir Grünen sind – zusammen mit den Umwelt- und Verkehrsverbänden – ja nicht gegen Stuttgart 21, weil wir jetzt auch noch gegen Schienenprojekte opponieren, sondern weil wir ein anderes Modernisierungskonzept haben. Wir haben erhebliche Zweifel, ob uns der eingeschlagene Weg der Großprojekte diesem Stil näherbringt. Milliarden schwere „Leuchtturmprojekte“ der Bahn machen doch keinen Sinn, wenn ihnen aus Spargründen auf der anderen Seite permanente Verspätungen, mangelhaft gewartete Züge und Strecken, defekte Klimaanlage, Serviceabbau, geschlossene Schalter und verkommene Bahnhöfe gegenüberstehen. In den vergangenen zehn Jahren ist der Schienenverkehr in Deutschland um gerade einmal zehn Prozent gewachsen. Im gleichen Zeitraum haben die Schweizer Bahnen auf deutlich höherem Niveau nochmals 45 Prozent zugelegt. Mit einer ganz anderen Strategie: dichter Fahrplan, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Qualität, Service. Intelligente Beschleunigung im Bestandsnetz dort, wo es günstig machbar ist, nach dem Motto: „Nicht so schnell wie möglich, sondern so rasch wie nötig“, um an den Umsteigeknoten kurze Umsteigezeiten in alle Richtungen zu haben – maximaler Nutzen je eingesetztem Euro, zerlegt in überschaubare Einzelbausteine, die jeweils für sich und schnell einen Nutzen bringen. Genau dieser Philosophie folgt der Alternativansatz „Kopfbahnhof 21“.

Vergleiche mit bereits abgeschlossenen vergleich-



Bauzaun im Schlossgarten

baren DB-Projekten zeigen uns, dass die Baukosten un-  
plausibel niedrig angesetzt sind, und dass statt sieben  
Milliarden Euro Baukosten für Stuttgart 21 und Neubaustrecke eher mit 10 + X Milliarden gerechnet werden muss. Auch diese alte Masche, Großprojekte mit geschönten Kostenangaben durchsetzungsfähig zu machen, gefolgt von Kostenexplosionen, wird von den Bürgern nicht mehr akzeptiert. Denn all dies wird auf Kosten anderer Projekte gehen.



### Wir brauchen eine Denkpause bei dem Projekt

Wir brauchen eine Denkpause bei diesem Projekt. Die Schienenausbaumittel des Bundes für Stuttgart 21 gehen dadurch dem Südwesten nicht verloren. Sie werden dringend für andere Projekte im Land benötigt, insbesondere für den unterfinanzierten Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel. Diese Strecke stellt einen echten Engpass dar und ist ein Wachstumshemmnis für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Im Unterschied zur Strecke Stuttgart-Ulm handelt es sich hier wirklich um eine europäische Trasse durch industrielle Kernregionen von den Häfen Hamburg und Rotterdam

über die Schweiz nach Genua – ökologisch und ökonomisch von überragender Bedeutung.

Der Ministerpräsident hat unseren Vorschlag aufgegriffen und Dr. Heiner Geißler gebeten, die heikle Mission des Vermittlers und Schlichters zu übernehmen. Ich begrüße das sehr, denn wir müssen die Sprachlosigkeit zwischen Gegnern und Befürwortern überwinden, wir müssen zum Gespräch und zu einem sachlichen Streit zurückfinden.

### Alles offen legen, vorbehaltlos prüfen und diskutieren

Die Kosten, die Wirtschaftlichkeit des Projektes, die Risiken, die verkehrlichen Auswirkungen, all das muss nach Offenlegung aller Daten und Fakten vorbehaltlos geprüft und diskutiert werden. Dies alles unter Hinzuziehung von Experten und in öffentlicher Runde. Jedoch machen die Gespräche nur dann Sinn, wenn wirklich über alles und ergebnisoffen gesprochen werden kann. Ergebnisoffene Gespräche bedingen wiederum logischerweise, dass ab sofort und über die Dauer der Gespräche keine unumkehr-



Winfried Kretschmann und Dr. Heiner Geißler

## PRESSEMITTEILUNG GRÜNE WOLLEN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

### Der 30. September muss restlos aufgeklärt werden

Die Fraktion der Grünen im Landtag hat jetzt einen Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefordert, mit dem die Hintergründe des Polizeieinsatzes vom 30. September 2010 im Schlossgarten aufgeklärt werden sollen. Der innenpolitische Sprecher der Grünen Uli Sckerl: „Das war ein tiefer Einschnitt in die Geschichte der Stadt Stuttgart, es entstanden verheerende Bilder, und die wirkten weltweit.“ Aus den Erlebnissen vieler Menschen an dem Tag und der großen Berichterstattung speise sich ein starkes Aufklärungsinteresse. Sckerl: „Wir wollen wissen, weshalb es plötzlich einen umfassenden Strategiewechsel in der Polizeiarbeit gegeben hat, und warum von der bisher so erfolgreichen Strategie der Deeskalation abgerückt wurde.“ In den Augen der Grünen habe die Sitzung des Innenausschusses am 5. Oktober nur unzureichende Erkenntnisse gebracht, die Landesregierung habe abgewiegelt: „Es sei alles rechtmäßig und verhältnismäßig gewesen. „Und nun legt die Landesregierung eine Wagenburgmentalität an den Tag“, so Sckerl, und weiter: „So drängt sich die Frage auf: Wer hat den Strategiewechsel gewollt, wer hat die harte Linie angeordnet?“

Die Grünen im Landtag haben Anzeichen dafür, dass auf die Polizei politischer Einfluss genommen wurde, an mindestens einer der Besprechungen habe wohl Ministerpräsident Mappus teilgenommen. „Wir wollen Einblick in die Akten und Gesprächsnotizen, darüber hinaus müssten wir Zeugen vernehmen. Dies soll kein Untersuchungsausschuss gegen die Polizei sein – die politische Verantwortung muss geklärt werden.“

Ein weiterer Aspekt im Untersuchungsausschuss wird die Baumfällaktion in der Nacht zum 1. Oktober selbst sein. Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Werner Wölfle: „Wir wollen wissen, ob die Bäume rechtmäßig gerodet wurden, und wer wann welche Informationen aus dem Eisenbahnbundesamt hatte.“ Das Schreiben darüber, dass Naturschutzbestimmungen nicht eingehalten wurden, habe angeblich am gleichen Tag um 18 Uhr vorgelegen, also mehr als sechs Stunden bevor der erste Baum der Kettensäge zum Opfer fiel.

Wölfle: „Die Aufklärung in einem Untersuchungsausschuss ist zwingend notwendig, um das erschütterte Vertrauen vor allem von jungen Menschen durch den Polizeieinsatz, zumindest ein Stück weit wiederherzustellen.“ Nach Vorstellungen der Grünen könnte der Untersuchungsausschuss Ende Oktober vom Landtag bestellt werden, Anfang November seine Arbeit aufnehmen und im Januar einen Bericht vorlegen, Sckerl: „Wir wollen das Thema gerade nicht in den Landtagswahlkampf tragen.“

Der Antrag unter: [www.gruene-gegen-stuttgart-21.de](http://www.gruene-gegen-stuttgart-21.de)



baren Fakten geschaffen oder relevante Finanzmittel verbraucht werden. Denn diese würden den möglichen Ausstieg erschweren oder im schlimmsten Fall gar unmöglich machen. Das heißt konkret, dass Abriss- und Bauarbeiten angehalten werden müssen, weitere Bauaufträge nicht vergeben werden dürfen.

Dr. Heiner Geißler hat eine schwierige Aufgabe übernommen. Wenn er dieser Aufgabe erfolgreich nachgehen soll, müssen beide Seiten seine bestimmende Rolle als Vermittler akzeptieren und Vertrauen und Entgegenkommen zeigen. Wir werden ihn in seiner Vermittlungstätigkeit konstruktiv unterstützen und von unserer Seite alles dafür tun, dass der Dialog zustande kommt und wieder Frieden in Stuttgart und im Land einkehrt.

Mit freundlichen Grüßen

*Winfried Kretschmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg*



## DAS MINERALWASSER DARF NICHT GEFÄHRDET WERDEN

### Was heißt eigentlich Bau- und Vergabestopp in Sachen Grundwassermanagement?

Zu den Äußerungen zum Bau- und Vergabestopp während der Gespräche zwischen Gegnern und Befürwortern von Stuttgart 21 erklärt der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag Winfried Kretschmann:

„Wir wollen, dass die Gespräche zwischen Gegnern und Befürwortern von Stuttgart 21 ergebnisoffen geführt werden. Nur dann macht der Dialog einen Sinn. Ergebnisoffen bedeutet logischerweise, dass eine Beendi-

gung des Projekts Stuttgart 21 nicht ausgeschlossen werden kann.

Deshalb ist aus unserer Sicht ein Bau- und Vergabestopp unerlässliche Bedingung für die Gespräche. Denn es dürfen in der Zeit der Gespräche keine irreversiblen Fakten geschaffen werden, die den nicht auszuschließenden Ausstieg aus dem Projekt in finanzieller oder in baulicher Hinsicht erschweren oder gar unmöglich machen.

Das gilt auch für Eingriffe in den ökologischen Bestand. Ein wirklicher Einstieg in das Grundwassermanagement durch die Bohrung von Tiefbrunnen und die Verlegung von Leitungen darf nicht während der Gespräche eingeleitet werden.

Wenn Dr. Heiner Geißler seiner schwierigen Aufgabe erfolgreich nachgehen soll, müssen beide Seiten seine bestimmende Rolle als Vermittler akzeptieren und Vertrauen und Entgegenkommen zeigen. Wir werden ihn in seiner Vermittlungstätigkeit konstruktiv unterstützen und von unserer Seite alles dafür tun, dass der Dialog zustande kommen kann.“



Grundwassermanagement

Bündnis 90/Die Grünen  
im Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart  
Tel. (07 11) 20 63 - 683  
Fax (07 11) 20 63 - 660  
E-Mail [post@gruene.landtag-bw.de](mailto:post@gruene.landtag-bw.de)  
[www.gruene-gegen-stuttgart21.de](http://www.gruene-gegen-stuttgart21.de)

ViSdP: Arne Braun  
Stand: 10/2010

### DIE WICHTIGSTEN INFORMATIONSEITEN:

- [www.gruene-gegen-stuttgart21.de](http://www.gruene-gegen-stuttgart21.de)
- [www.gruene.de](http://www.gruene.de)
- [www.bawue.gruene-fraktion.de](http://www.bawue.gruene-fraktion.de)
- [www.gruene-bw.de](http://www.gruene-bw.de)
- [www.gruenestuttgart.de](http://www.gruenestuttgart.de)
- [www.beiabrissaufstand.de](http://www.beiabrissaufstand.de)
- [www.parkschuetzer.de](http://www.parkschuetzer.de)
- [www.leben-in-stuttgart.de](http://www.leben-in-stuttgart.de)
- [www.stuttgarterappell.de](http://www.stuttgarterappell.de)

Im Landtag von  
Baden-Württemberg

Bündnis 90  
**Die Grünen**